

# FORUM

Zeitschrift  
für Politik, Arbeit & Kultur  
der SP Uster

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Nr. 220 April 2004

Nein zum Steuerpaket – Nein zum Steuer-Eigengoal  
Warum sogar Christian Huber (SVP)  
gegen das Steuerpaket ist



P.P. Uster

Warum sogar Teile der SVP gegen das Steuerpaket sind	3
Eidgenössische Abstimmung: Nein zum Steuerpaket – nein zum Steuer-Eigengoal	
Von Stefan Feldmann	
Das Märchen von der Steuerhölle	6
Eidgenössische Volksabstimmung: Nein zum Steuerpaket	
Von Stefan Feldmann	
Hände weg von unserer AHV!	7
Eidgenössische Abstimmungen: Nein zur 11. AHV-Revision	
Von Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes	
Nicht alle über eine Leiste schlagen	8
Kantonale Abstimmungen: Nein zur Wiedereinführung des Seniorenabzugs	
Von Markus Stadelmann	
Parolen der SP Uster für die Abstimmungen vom 16. Mai	8
Christina Zbinden in die Primarschulpflege...	9
Schulpflege-Wahlen in Uster: Die Kandidatinnen der SP Uster	
Von Christina Zbinden	
Rüdisühli kauft sich kein Eau de Toilette – und ist für Blockzeiten	10
aufgezeichnet von Rolf Murbach	
Dies & Das	11
Veranstaltungskalender	12



**M**itte März hat die Stadt Uster die Rechnung für das Jahr 2003 vorgestellt. Der Abschluss ist wenig erfreulich, zum erstenmal seit Jahren schreibt die Stadt wieder einmal ein Defizit: 900'000 Franken fehlten Ende Jahr in der Stadtkasse. Ein einmaliges Defizit wäre

weiter der Rede nicht wert, wären die Aussichten nicht zappenduster: Im Jahr 2003 hat die Stadt Uster 3,8 Millionen Franken an Handänderungssteuern eingenommen. Doch diese fällt ab 2005 weg. Steuerausfall für die Stadt Uster: 7 Steuerprozent.

**U**nd das ist noch nicht alles: Der Kantonsrat hat eben ein Sparpaket geschnürt, darin enthalten sind zahlreiche Kostenabwälzungen auf die Gemeinden. Zusätzliche Ausgaben für die Stadt Uster: Bis zu 6 Steuerprozent. Diverse Steuergesetz-Revisionen auf Kantonsebene sind beschlossen oder stehen an. Einnahmeausfall für die Stadt Uster: Bis zu 8 Steuerprozent. Oder das Sparpaket des Bundes, über welches wir am 16. Mai abstimmen: Dieses «Pfuscherwerk», welches sogar bürgerliche Regierungsmitglieder auf die Barrikaden treibt, würde die Stadt Uster nochmals rund 5 Steuerprozent kosten. Dazu kommen weitere Belastungen durch den neuen Finanzausgleich oder in der Spitalfinanzierung hinzu. Und wie sich die Wirtschaft entwickelt, weiss man auch nicht so genau. Alles in allem kommt auf die Stadt Uster in den kommenden Jahren locker ein Einnahmeausfall von rund 20 Steuerprozent zu.

**W**er trägt Schuld an dieser Misere? Für mich ist klar: Die bürgerlichen Parteien betreiben – zumindest auf Bundes- und Kantonsebene – durch das Beschneiden der Einnahmen eine Auszehrpolitik, welche den Wohlhabenden Steuergeschenke bringt, den unteren Einkommen und der Mittelschicht jedoch einen radikalen Leistungsbau. Wohin das in letzter Konsequenz führt, ist klar: Was brauchen die Wohlhabenden gute Schulen, wenn sie sich Privatschulen leisten können? Was brauchen Wohlhabende eine gute Polizei, wenn sie sich – wie in den USA – notfalls in privat bewachte Reichen-Quartiere zurückziehen können? Was brauchen Wohlhabende ein gutes Gesundheitssystem, wenn sie sich notfalls auch beim Spezialisten in München operieren lassen können?

**D**ie Bürgerlichen sehen dies natürlich anders: Die SVP Uster hat in einer Medienmitteilung zur Rechnung 2003 der Linken die Schuld an den schlechten Finanzlage von Bund, Kanton und Gemeinde zugeschoben. Die Linke habe, so die SVP, in guten Zeiten «zu kräftig mit der Ausgabenkelle angerührt». Eine wunderliche Aussage: Da haben wir im Bund eine bürgerliche Regierung und ein bürgerliches Parlament. Gleiches im Kanton Zürich: eine bürgerliche Regierung und ein bürgerliches Parlament. Und in der Stadt Uster? Eine bürgerliche Regierung und ein bürgerliches Parlament. Und trotzdem gelingt es uns Linken unsere Politik – oder das, was die SPU darunter versteht – gegen diese bürgerliche Dominanz durchzusetzen? Ob soviel Durchschlagskraft von uns Linken war ich dann doch selber ein wenig überrascht...

Stefan Feldmann

## IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster  
www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei  
 Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1  
 Auflage: 15 500  
 Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf  
 PC 80 – 13431 – 8  
 Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann,  
 Fredi Gut, Rolf Murbach,  
 Layout: Fredi Gut  
 Vertrieb: Stefan Feldmann  
 Druck: Ropress Zürich  
 Titelfoto: Hugo Cadruvi, Uster

**Eidgenössische Abstimmung: Nein zum Steuerpaket – nein zum Steuer-Eigengoal**

# Warum sogar Teile der SVP gegen das Steuerpaket sind

**Wenn es um Steuererleichterungen geht sind die Bürgerlichen meistens geschlossen dafür, die Linke geschlossen dagegen. Nicht so beim Steuerpaket, welches am 16. Mai zur Abstimmung gelangt. Hier wehren sich eine Unzahl von PolitikerInnen, deren bürgerliche Gesinnung nicht in Zweifel gezogen werden kann, darunter etwa der Zürcher SVP-Regierungsrat Christian Huber oder der Bündner SVP-Präsident Hansjörg Hassler. Denn diese verantwortungsvollen Politiker wissen: Das von den Finanz-Hardlinern in Bern geschnürte Paket ist nicht nur ungerecht und unsozial, es würde auch die Finanzhaushalte der Kantone und Gemeinden ruinieren.**

Von Stefan Feldmann

Das Steuerpaket, welches am 16. Mai zur Abstimmung gelangt, besteht aus drei Teilen: Aus der Reform der Familienbesteuerung, der Revision der Umsatzabgabe sowie der Wohneigentumsbesteuerung. Vor allem letztere Reform ist es, welche das Fuder überladen hat: Diese Reform verletzt ganz klar den Gleichstellungsgrundsatz, der in der Bundesverfassung verankert ist. Die BesitzerInnen von Wohneigentum werden gegenüber MieterInnen stark bevorteilt, weil sie weiterhin trotz Abschaffung des Eigenmietwertes Abzüge für den Unterhalt vornehmen können. Mehr noch: Neu können sie selbst den Bau eines Schwimmbads von den Steuern abziehen. Durch diesen Systemwechsel sparen die HausbesitzerInnen massiv Steuern und werden gegenüber den zwei Dritteln der Schweizer Bevölkerung, welche zur Miete wohnen, krass bevorzugt.

Grosse Vorbehalte gibt es auch gegenüber der im Paket enthaltenen Revision der Familienbesteuerung, Vorbehalte nicht so sehr gegen das Anliegen, sehr wohl aber gegen die Umsetzung. Wie einige Rechenbeispiele zeigen (siehe Seite 4) würden einmal mehr vor allem besserverdienende Familien von der Entlastung profitieren, nicht aber die, die es wirklich nötig hätten. Die Gegner des Steuerpaketes haben deshalb klar gemacht: Sollte das Steuerpaket am 16. Mai abgelehnt werden, so soll ein neuer Anlauf zur Entlastung der Familien unternommen werden. Das letzte Wort in diesem Bereich ist also mit Bestimmtheit noch nicht gesprochen, wer eine Revision der Familienbesteuerung will, muss nicht deswegen Ja stimmen.

**Ausfall für den Kanton Zürich: Eine halbe Milliarde Franken**

Der Hauptgrund, weshalb sich aber bürgerliche PolitikerInnen auf kantonaler und kommunaler Ebene gegen das Steuerpaket wehren, ist der, dass das Steuerpaket die Haushalte von Kantonen und Gemeinden zu ruinieren droht. Alleine der Kanton Zürich und sein Gemeinden würden bei einem Ja 465 Mio. Franken verlieren! Umgerechnet in kantonale Steuerprozent wären dies zwischen 11 und 12 Steuerprozent. Zudem wälzt der Bund mit Entlastungsprogrammen weitere Kosten auf Kantone und Gemeinden ab. Gerade für die Gemeinden ein Riesenproblem: Grosses Sparpotential haben sie nicht, da der grösste Teil ihrer Ausgaben durch Gesetze vorgeschrieben sind. Sparen können sie allenfalls etwas bei der Kultur oder der familienergänzenden Betreuung, viel gibt das aber in aller Regel nicht her. Die Folge ist klar: Insbesondere die Gemeinden werden Ihre Steuern massiv erhöhen müssen, wollen sie nicht auf ewig rote Zahlen schreiben.

Die Kantone haben einen etwas grösseren Spielraum, können aber die Ausfälle nur durch einen massiven Leistungsabbau teilweise auffangen. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat auch bereits aufgelistet, wo gespart werden wird: bei der Krankenkassen-Prämienverbilligung, im Bildungswesen, beim öffentlichen Verkehr, im Gesundheitswesen, bei der familienergänzenden Betreuung. Und das in einer Zeit, in welcher die Kantone bereits unter eigenen Sparprogrammen ächzen.

## Bürgerliche Gegner des Steuerpakets

Nationalrat Christophe Darbellay, CVP, Wallis  
 Nationalrat Kurt Fluri, FDP, Solothurn  
 Nationalrat Yves Guisan, FDP, Waadt  
 Nationalrat Hansjörg Hassler, SVP, Graubünden  
 Nationalrätin Bea Heim, CVP, Solothurn  
 Nationalrat Pierre Kohler, CVP, Jura  
 Ständeratspräsident Fritz Schiesser, FDP, Glarus  
 Regierungsrätin Dora Andres, FDP, Bern  
 Regierungsrat Marion Anoni, FDP, Bern  
 Regierungsrat Stefan Engler, CVP, Graubünden  
 Regierungsrat Dorothee Fierz, FDP, Zürich  
 Regierungsrätin Rita Fuhrer, SVP, Zürich  
 Regierungsrat Urs Gasche, SVP, Bern  
 Regierungsrat Christian Huber, SVP, Zürich  
 Regierungsrat Klaus Huber, SVP, Graubünden  
 Regierungsrat Ruedi Jeker, FDP, Zürich  
 Regierungsrätin Maria Kuchler-Flury, CVP, Obwalden  
 Regierungsrat Werner Luginbühl, SVP, Bern  
 Regierungsrat Erhard Meister, SVP, Schaffhausen  
 Regierungsrat Luigi Pedrazzini, CVP, Tessin  
 Regierungsrat Jean-François Roth, CVP, Jura  
 Regierungsrat Martin Schmid, FDP, Graubünden  
 Regierungsrat Wilhelm Schnyder, CVP, Wallis  
 Regierungsrat Hans Ulrich Stöcklin, FDP, St. Gallen  
 Regierungsrat Walter Straumann, CVP, Solothurn  
 Regierungsrat Christian Wanner, FDP, Solothurn  
 Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf, SVP, Graubünden  
 Regierungsrätin Elisabeth Zölch-Balmer, SVP, Bern  
 Stadtrat Adrian Guggisberg, FDP, Bern  
 Stadträtin Ursula Begert, SVP, Bern  
 Stadtrat (+Nationalratspräsident) Max Binder, SVP, Illnau-Effretikon  
 Stadtpräsident Christian Boner, SVP, Chur  
 Stadtrat Hans Eberhard, FDP, Bülach  
 Stadtpräsident Karl Frey, CVP, Wettingen  
 Stadträtin Verena Gick-Schläpfer, FDP, Winterthur  
 Stadtrat Hans Hollenstein, CVP, Winterthur  
 Stadtrat Ueli Jäggi, FDP, Bülach  
 Stadträtin Kathrin Martelli, FDP, Zürich  
 Stadtrat Kurt Schönberger, SVP, Schaffhausen  
 Stadtrat Reinhard Stahel, FDP, Winterthur  
 Stadtrat Peter Studer, SVP, Ostermundigen  
 Stadtrat Andrea Türlér, FDP, Zürich  
 Stadtrat Martin Vollenwyder, FDP, Zürich  
 Stadtpräsident Marcel Wenger, FDP, Schaffhausen

Auszug, komplette Liste einsehbar unter [www.nein-zum-steuerpaket.ch](http://www.nein-zum-steuerpaket.ch)

## Familienbesteuerung I: Entlastung wird durch höhere Gemeindesteuern weggefressen

### Steuerentlastung/-belastung je Bruttoeinkommen

	50'000		80'000		100'000		200'000	
Ehepaar, keine Kinder, beide Personen verdienen	-50	+184	-72	+488	-116	+683	-2583	-363
Ehepaar, keine Kinder, nur eine Person verdient	-83	+154	-282	+278	-423	+376	-3605	-1385
Ehepaar, 2 Kinder beide Personen verdienen	0	+234	-187	+373	-493	+306	-3580	-1360
Ehepaar, 2 Kinder, nur eine Person verdient	0	+234	-257	+303	-530	+269	-3613	-1393
Konkubinat, 2 Kinder, nur eine Person verdient	+3	+347	+269	+998	+592	+1602	+1517	+4196
Alleinerziehende, 2 Kinder	-29	+315	-373	+356	-620	+390	-1909	-770

Quelle: Tages-Anzeiger, KdK

Der Zürcher Regierungsrat hat in einer Antwort auf eine Anfrage im Kantonsrat bekannt gegeben, dass er die Steuern um 7 Prozent erhöhen müsste, um die Ausfälle des Steuerpakets zu kompensieren. Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat errechnet, dass die Gemeinden im Mittelland wegen des Einnahmeausfalls durch das Steuerpaket gezwungen sein werden, den Steuerfuss im Durchschnitt um 8 Prozent anzuheben. Zusammen macht dies also 15 Prozent höhere Steuern. Dadurch werden die Entlastung bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung bei den unteren und mittleren Einkommen wieder aufgeessen. Erst bei Einkommen von über 150'000 Franken führt die Reform zu einer wirklichen Entlastung. Einmal mehr profitieren also die Wohlhabenden, während die unteren und mittleren Einkommen die Zeche bezahlen.

#### Lesebeispiel:

Die Reform der Familienbesteuerung führt bei einer Familie mit zwei Kindern, bei denen beiden Eltern arbeiten und zum Bruttoeinkommen von 80'000 Franken beitragen, zu einer Steuer-Entlastung von 187 Franken. Nach einer Erhöhung der Steuern um 15 Prozent resultiert aber in Tat und Wahrheit eine Mehrbelastung von 373 Franken. Bei einer Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 200'000 Franken bleibt hingegen selbst nach einer Steuerfusserhöhung eine Entlastung von 1360 Franken übrig. Fazit: Die Reform der Familienbesteuerung nützt vor allem den Wohlhabenden.

Auswirkung des Steuerpakets ...

.. und der nachfolgenden Steuererhöhung

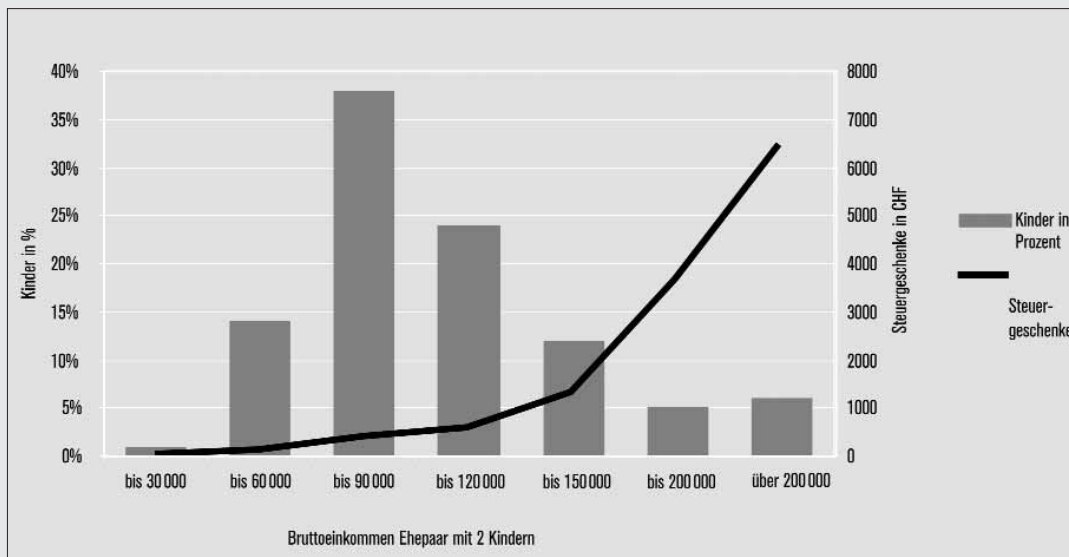
Es ist also klar, wohin ein Ja zum Steuerpaket führen würde: Sprechen wir heute von der Abschaffung oder Reduktion von einzelnen Fächern, so werden wir dann das Fächerangebot radikal reduzieren müssen. Geht es heute um das Absenken von Qualitätsstandards im Gesundheitsbereich, so werden wir dann über die Schliessung ganzer Spitäler nachdenken müssen. Sprechen wir heute von der Reduktion der Standards der Dienstleistungen der Kantonspolizei, so werden wir uns dann einig darüber werden müssen, welche Straftaten wir überhaupt noch verfolgen wollen und welche nicht. Und das alles, damit die Besitzer von Häusern weniger Steuern zahlen müssen? Wir werden über die Streichung von Bus- und Bahnlinien, über die Schliessung von Museen und Theatern, über die Aufgabe

ganzer Fakultäten an der Universität sprechen müssen. Weniger Bildung, weniger Gesundheit, weniger ÖV, weniger Kultur, weniger Sicherheit, das sind die Folgen dieser Steuerpolitik.

#### Zwei einfache Fragen

Und so stellt sich für die Stimmbürgerinnen und am Stimbürger am 16. Mai zwei einfache Fragen: Wollen Sie erstens einen umfassenden Leistungsabbau beim Kanton, der alles bisher diskutierte in den Schatten stellt? Und wollen Sie zweitens höhere Steuern auf Gemeindeebene zahlen? Wenn Sie diese beide Fragen mit Nein beantworten, dann gibt es nur eines: Am 16. Mai Nein zum Steuerpaket – Nein zum Steuer-Eigengol





### Familienbesteuerung II: Fast nur Wohlhabende profitieren

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat errechnet, dass von der Reform der Ehepaar- und Familienbesteuerung die meisten Familien mit Kindern nur marginal profitieren. Familien, die unter 80'000 Franken versteuern, sparen meist nur wenige Franken, 62 Prozent der Entlastung fallen hingegen auf Familien mit einem steuerbaren Einkommen von über 120'000 Franken. Diese machen aber nur gut 10 Prozent der gesamten steuerpflichtigen Familien in der Schweiz aus.

**Lesebeispiel:** 38 Prozent der Familien mit zwei Kindern verfügen über ein Bruttoeinkommen von 90'000 Franken im Jahr. Sie erfahren aber eine Entlastung von unter 500 Franken im Jahr. Demgegenüber verfügen nur 6 Prozent der Familien über ein Bruttoeinkommen von über 200'000 Franken im Jahr. Sie erfahren aber eine Entlastung von über 6'000 Franken im Jahr. Fazit: Während gut verdienende Familien das grösste Stück des Steuerentlastungs-Kuchen erhalten, werden die Familien, die eine Entlastung nötiger hätten, nur mit Brosamen abgespeist.

## Experten sehe keinen Wachstumseffekt

Die Logik der bürgerlichen Finanzhardliner ist einfach: Wer weniger Steuern zahlt, hat mehr Geld für den Konsum. Mehr Geld für den Konsum bedeutet ein höheres Wirtschaftswachstum. Ein höheres Wirtschaftswachstum bedeutet bei tieferen Steuersätzen mehr Steuereinnahmen. Also – so der Schluss – ist jede Steuersenkung per se gut für den Wirtschaftsaufschwung.

Doch wie vieles im Leben ist die Praxis immer ein wenig komplizierter als die Theorie. Das wissen insbesondere die Ökonomen und diese sind sich einig, dass vom Steuerpaket kein Wirtschaftsimpuls ausgehen wird. Bernd Schips, Leiter der Konjunkturforschungsstelle der ETH, erwartet, «keine nennenswerten Effekte für das Wirtschaftswachstum.» Insbesondere dann nicht, wenn wie beim Steuerpaket vor allem die Vermögenden entlastet werden: «Die Nachfrage liesse sich nur ankurbeln, wenn Familien mit tiefen Einkommen entlastet würden.» Martin Eichler, Ökonom vom Wirtschaftsinstitut BAK Basel Economics, stimmt dem zu: «Das Paket hat eher geringe Auswirkungen.» Und selbst an der Hochschule St. Gallen – sicherlich kein Hort linker Ektisten – ist man skeptisch: Professor Christian Keuschnigg findet es «seltsam» das Steuerpaket nach seinem Wachstumseffekt zu beurteilen. Dessen Hauptzweck sei die Diskriminierung von Familien aufzuheben. «Es handelt sich keineswegs um eine Wachstumsinitiative.»

Dass die Rechnung der Bürgerlichen nicht aufgehen kann, zeigt auch das Beispiel der USA: In den 1980er Jahren senkte Präsident Ronald Reagan rigoros die Einkommenssteuern – vor allem jene der Reichen. Das Ergebnis: Ein rekordhohes Budgetdefizit, 70 Prozent davon verursacht durch gesunkene Steuereinnahmen. Trotz der tieferen Steuern für Firmen und Besserverdienende wurde weniger investiert. Der erhoffte Aufschwung, der die Steuerausfälle hätte kompensieren können, blieb aus.

Der anerkannte US-Ökonom Joel Slemrod, Professor an der Universität von Michigan, fasst den aktuellen Stand in der Wachstums-Forschung kurz und bündig zusammen: «Es gibt keine Belege dafür, dass die Höhe der Steuern eine entscheidende Wirkung auf das Wachstum haben.» Aber eben: Was nützt schon der Stand der Forschung, wenn man ihn, wie die bürgerlichen Finanzhardliner, nicht zur Kenntnis nehmen will?

Zitate: CASH

Eidgenössische Volksabstimmung: Nein zum Steuerpaket – Nein zum Steuer-Eigengol

# Das Märchen von der «Steuerhölle»



**Jeder zweite Franken, so verkündet SVP-Präsident Ueli Maurer in Inseraten, müssten Herr und Frau Schweizer dem Staat abliefern. Mehr noch: Die Schweiz verkomme lang-**

**sam zur Steuerhölle. Zahlen des Bundes und der OECD zeigen aber, dass die Steuerbelastung für die Mehrheit der Schweizer Haushalte in den letzten 30 Jahren nicht gestiegen ist. Fragt sich nur: Wer hat recht? Und warum haben wir das Gefühl, dass es uns heute schlechter geht?**

Von Stefan Feldmann

«Jeder halbe Franken für den Staat». Mit diesem Slogan betreibt die Economiesuisse, die Dachorganisation der Wirtschaftsverbände, seit einiger Zeit eine grosse Kampagne, die den Boden für das Steuerpaket legen soll, über welches wir am 16. Mai abstimmen werden. Doch die Behauptung der Wirtschaftsrosse, welche natürlich von der SVP freudig nachgeplappert wird, hält einer genaueren Überprüfung nicht stand: Die Economiesuisse rechnet einfach alle vorhandenen Belastungen an Steuern und Abgaben zusammen und tut so, als würden alle alle Abgaben zahlen. So zahlen im Rechenbeispiel der Economiesuisse auch Hundehasser plötzlich Hundesteuern, Nichtraucherinnen Tabaksteuer, Abstinenzler zahlen Alkoholprocente und Menschen, die nie ein Casino betreten würden, zahlen Spielbankabgaben. Und das, was die SteuerzahlerInnen vom Staat zurückerhalten, etwa Kinderzulagen oder Prämienverbilligungsgelder, lässt die Economiesuisse gleich ganz unter den Tisch fallen.

## Gleichgebliebene Belastung

Doch wie sieht es nun wirklich aus? Der Bundesrat hat durch das Finanzdepartement einen Bericht erstellen lassen, in welchem die Entwicklung der Steuer- und Gebührenlast zwischen 1970 und 2000 untersucht worden ist. Das

Ergebnis – von der Wirtschaftszeitung CASH im Februar publiziert – passt den Anhängern des «Steuerhölle-Märchens» überhaupt nicht in den Kram, denn der Bericht kommt zum Schluss, dass für die Mehrheit der Schweizer Haushalte die Steuerbelastung in den letzten 30 Jahren gesunken ist. Zugenommen haben hingegen die Abgaben, namentlich die Krankenkassenprämien oder die Abzüge für die Arbeitslosenversicherung. Am Ende ergibt sich ein Nullsummen-Spiel: Was Herr und Frau Schwei-

und darum in dieser Frage nicht objektiv. Man könnte diesem Argument natürlich mit der Gegenfrage «Aber die Economiesuisse, die Lobbyvereinigung der Schweizer Wirtschaft, ist es?» begegnen, wir können aber auch eine neutrale Stelle anrufen, beispielsweise die OECD (Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit in Europa). Sie kommt zu ähnlichen Resultaten wie der Bundesrat: Ein Single-Haushalt muss heute 1,4 Prozent mehr an Abgaben entrichten als 1979, für eine Familie mit zwei Kindern ist die Belastung gleich geblieben. Von «Steuerhölle» also auch hier keine Rede.

## Gestiegene Ansprüche

Und trotzdem sind sich alle, von den Medien über die PolitikerInnen bis hin zu den Betroffenen selber einig: Der Mittelstand ist finanziell unter Druck. Doch dies liegt nicht so sehr an einer gestiegenen Belastung durch Steuern und Abgaben, sondern an den gestiegenen Grundbedürfnissen. Auf das Handy wollen wir heute nicht mehr verzichten, der DVD-Player gehört schon bald genauso zur Standardausrüstung wie der Internetanschluss, die Digitalkamera oder die Ferien in Tunesien. Das alles muss aber erst einmal finanziert werden und hier liegt das wirkliche Problem: Während in den 80er Jahren der Durchschnittslohn um 8 Prozent gestiegen ist, so legte er in den 90er Jahren nur um 3 Prozent zu. Dafür aber sind die Managerlöhne explodiert: Novartis-Chef Daniel Vasella etwa bezog vergangenes Jahr ein Gehalt von 19 Millionen Franken, UBS-Präsident Marcel Ospel eines von 18,8 Millionen Franken. Und sie sind es auch, welche vom Steuerpaket des Bundes am meisten profitieren werden: Ihre

Einsparungen durch die Revision der Wohneigentumsbesteuerung sind ein vielfaches höher als die Entlastung des Mittelstandes durch die Revision der Familienbesteuerung. Solche Steuer-Ungerechtigkeiten kommt dem Begriff «Steuerhölle» dann schon etwas näher...

Quellen: CASH, Tages-Anzeiger

**Das Versprechen**



**Die Wirklichkeit**



**NEIN!**

**zum Steuerpaket**

[www.nein-zum-steuerpaket.ch](http://www.nein-zum-steuerpaket.ch)

*Das Steuerpaket - eine Zeitbombe*

zer heute weniger an Steuern bezahlen, zahlen sie mehr an Abgaben. Die Belastung hat gesamthaft aber nicht zugenommen: Herr und Frau Schweizer führen wie vor 30 Jahren rund ein Drittel ihres Einkommens an den Staat und seine Sozialeinrichtungen ab. Jetzt könnte man natürlich argumentieren, dass der Bund ja der Staat sei

Eidgenössische Abstimmungen: Nein zur 11. AHV-Revision

# Hände weg von unserer AHV!



**Die AHV-Rechnung 2003 schliesst erneut positiv ab – dies trotz Krise und Anpassung der Renten an die Teuerung. Der Überschuss beträgt fast 2 Mia. Franken: Das ist rund 3 Mia.**

**Franken besser als der Bundesrat anfangs 2000 in seiner Botschaft zur 11. AHV-Revision für das Jahr 2003 prognostiziert hatte. Das alles hindert Unsozial-Minister Couchepin nicht, in seiner Propaganda für die 11. AHV-Revision von neuem mit Gespenster-Szenarien zu hantieren. Aber auch für einen Bundesrat gilt: Hände weg von unserer AHV!**

Von Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Das Bundesamt für Sozialversicherungen stellte letztes Jahr eine Studie über die längerfristigen Finanzierungsperspektiven der AHV. Diese Studie kommt zum Schluss, dass die Finanzierung der AHV eine relativ leicht zu bewältigende Angelegenheit sei, wenn die Schweizer Wirtschaft sich auch in Zukunft entwickle. Weshalb sollte sie es nicht tun? Weshalb sollte die Produktivität nicht auch in Zukunft steigen, und weshalb sollten nicht auch in Zukunft weniger produktive Arbeitsplätze wie bisher anderen, produktiveren und besser bezahlten Platz machen?

Aus all dem folgt, dass die Finanzierung der AHV solid fundiert ist, wenn sich die Wirtschaft und die Beschäftigungsstruktur weiter wandeln. Sollte es aber umgekehrt mit der Schweiz dramatisch und langanhaltend abwärts gehen, wie dies Herr Couchepin annimmt, dann müsste die AHV erst recht gestärkt werden. Denn die AHV erfüllt die Aufgabe der Existenzsicherung weit wirksamer und günstiger als alle denkbaren Alternativen wie das private Sparen, Versicherungspolice und Pensionskassenrenten.

## Fixe politische Ideen

Was die rechten Untergangspropheten derzeit über die «Rettung der AHV» predigen, hat wenig mit der realen Lage der AHV, aber viel mit ihren fixen politischen Ideen, ihren Ängsten und Vorstellungen zu tun. Die Propagandisten des Lei-



*Die 11. AHV-Revision ist eine politische Provokation.*

stungsabbaus bei der AHV stört es im übrigen nicht, wenn sie sich in grobe Widersprüche verwickeln. So behaupten die Befürworter der 11. AHV-Revision in FDP und CVP, dass es bei den rabenschwarzen Finanzierungsperspektiven der AHV überhaupt nichts bringe, wenn das Gold und die Gewinne der Nationalbank ganz oder teilweise der AHV zugewiesen würden. Dass der «Sparbeitrag» der 11. AHV-Revision noch kleiner ist und deshalb für den Finanzhaushalt der AHV erst recht nichts bringt, haben sie nicht gemerkt. Den Vogel bei den Widersprüchen schießt aber die SVP ab. Sie ist zwar gegen die Mehrwertsteuervorlage für die AHV («auf Vorrat»), weil die AHV dieses Geld nicht brauche. Trotzdem hält die SVP verbissen an der 11. AHV-Revision fest: mit dem einzigen Ziel demnach, die gewöhnlichen Leute, die Búezer, mit Leistungsabbau zu bestrafen.

## Negative Auswirkungen

Die sozialpolitischen Auswirkungen der 11. AHV-Revision sind ausschliesslich negativ. Was bedeutet es für Zehntausende von 64-jährigen Frauen, neu auf den Arbeitsmarkt geworfen zu werden? Was bedeutet dies vor allem für jene Frauen, und auch ihre Männer, die vielmehr – weil darauf angewiesen – auf ein flexibles Rentenalter zu tragbaren Bedingungen hoffen? Es wäre doch gescheiter, wenn alle Arbeit finden könnten, die noch nicht im Rentenalter sind, statt zusätzliche Rentnerjahrgänge auf den Arbeitsmarkt zu treiben. Insbesondere gilt das für

die vielen Jungen, die nur zu gerne eine Arbeitsstelle hätten.

Die 11. AHV-Revision ist eine politische Provokation. Denn es gibt eine Ungleichheit vor dem Alter und eine Ungleichheit vor dem Tod. Wer in privilegierten Berufen arbeitet, Politiker, Ärzte und Rechtsanwälte, hat eine gute Aussicht, während Jahrzehnten eine Rente beziehen zu können. Wer aber körperlich harte oder monotone Arbeit unter schlechten Bedingungen leistet, muss froh sein, fünf bis zehn Jahre im AHV-Alter zu stehen. Und es sind die einfachen Leute, die von der Erhöhung des Rentenalters am härtesten getroffen werden. Auch die Studien des BSV haben es bestätigt: Die vorzeitige Pensionierung ist heute ein Privileg, das regelmässig den höheren Einkommen vorbehalten ist.

## Abbau-Pilotversuch

Bundesrat Couchepin hat klar gemacht, wie das Programm für die 12. AHV-Revision aussieht, wenn er nicht rechtzeitig gestoppt wird: Rentenalter 67, Verschlechterung der AHV-Renten durch den Angriff auf den Mischindex, der neue Bundesrat stützt ihn in diesem Ansinnen. Umso wichtiger ist es, dass das Abbauprogramm des Herrn Couchepin mit der 11. AHV-Revision frühzeitig gestoppt wird. Die AHV ist ein Segen für die Bevölkerung. Sie muss mit der 12. AHV-Revision gestärkt und darf nicht geschwächt werden.

## Kantonale Abstimmungen: Nein zur Wiedereinführung des Seniorenabzugs

# Nicht alle über eine Leiste schlagen

**Im September 2002 haben sich die Zürcher Stimmberechtigten äusserst knapp für die Wiedereinführung eines Seniorenabzugs bei der Steuerrechnung ausgesprochen. Der Kantonsrat legt nun eine Vorlage vor, mit welchem ein Abzug von 1'000 Franken wiedereingeführt würde. Gleichzeitig beantragt er aber den Stimmberechtigten, die Vorlage abzulehnen und auf den Entscheid vom September 2002 zurück zu kommen. Warum dies?**

Von Markus Stadelmann

Die Sache ist auf den ersten Blick ein wenig verwirrend: Im Jahre 2002 hatten Regierung und Kantonsrat eine Volksinitiative zur Ablehnung empfohlen, welche den bei der letzten Steuergesetz-Revision abgeschafften Seniorenabzug wiedereinführen wollte. Die Stimmberechtigten haben mit einer hauchdünnen Mehrheit anders entschieden. Jetzt soll das Volk, so wollen es Kantons- und Regierungsrat, nochmals darüber abstimmen und auf seinen Entscheid von 2002 zurückkommen. Nehmen die PolitikerInnen das Volk nicht ernst?

## Nicht alle Alten sind Arm

Nein, denn die seinerzeitige Volksinitiative war nur als allgemeine Anregung gehalten, die konkrete Umsetzung in einem Gesetz liegt erst jetzt vor. Und eben diese Änderung lehnt der Kantonsrat nun ab, weil er angesichts des allseitigen Spardrucks der Meinung ist, dass der Kanton den Steuerausfall in der Höhe von 60 Millionen Franken nicht verkraften kann. Der Kanton baut zur Zeit massiv Leistungen ab, etwa im Sozialwesen von welchem auch alte Menschen profitieren. Und es würde in der Tat keinen Sinn machen, wenn der Kanton den Alten einen Steuerrabatt gewähren würde, wegen des Steuerausfalls aber gleichzeitig etwas wegsparen müsste, worauf die alten Menschen ebenfalls angewiesen sind.

Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen gibt es aber auch noch weitere Argumente, die gegen die Wiedereinführung des Seniorenabzugs sprechen. Zum einen: Nicht alle Alten sind arm. Im Gegenteil: Die Vermögenserhebung des Bundesamtes für Statistik zeigt, dass die meisten Alten in finanziell guten bis sehr guten Verhältnissen leben. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum nicht auch bei dieser Bevölkerungsgruppe gelten soll, was bei allen anderen SteuerzahlerInnen gilt: Jeder zahlt seiner finanziellen Situation angemessen Steuern, die Armen weniger, die Reichen mehr. Ein genereller Abzug für alle SeniorInnen unabhängig von ihrer finanziellen Situation wäre hingegen nichts anderes als eine Giesskannen-Subventionierung.

Desweiteren profitiert die ältere Bevölkerung bereits heute genügend von kompensatorischen Abzügen: Bei der letzten Steuergesetzrevision, als der allgemeine Seniorenabzug abgeschafft wurde, wurde im Gegenzug dafür die Abzüge für die Krankheitskosten und die Versicherungsprämien erhöht. Mit anderen Worten: Alte Menschen, die auf Pflege oder Medikamente angewiesen sind, werden nicht wegen den Steuern in die Situation kommen, sich die nötige Gesundheitsversorgung nicht mehr leisten zu können.

## Parolen der SP Uster für die Abstimmungen vom 16. Mai

### Bund

#### NEIN zum Steuerpaket

Weil es in der Familienbesteuerung vor allem die höheren Einkommen entlastet, die Wohneigentumsbesitzer gegenüber den MieterInnen krass bevorteilt und weil das Steuerpaket Kantone und Gemeinden finanziell zu ruinieren droht (lesen Sie Seiten 3 bis 6)

#### NEIN zur 11. AHV-Revision

Weil zum erstenmal bei einer AHV-Revision ein Sozialabbau stattfindet, welcher der erste Schritt hin zum Rentenalter 67 ist (lesen Sie Seite 7).

#### JA zum zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozent für AHV und IV

Weil die IV das Mehrwertsteuer-Prozent jetzt braucht und jenes für die AHV dann eingeführt werden kann, wenn es notwendig wird.

### Kanton

#### NEIN zur Änderung des Steuergesetzes

(Wiedereinführung des Seniorenabzugs)

Weil nicht alle Alten auch arm sind und weil der Kanton Zürich angesichts seiner finanziellen Lage keine weiteren Steuerausfälle verkraften kann (lesen Sie Artikel auf dieser Seite).

### Gemeinde

#### 2x JA zur Änderung der Gemeindeordnung

(Kompetenzerteilung an die Verwaltung)

Weil so Standard-Entscheidung ohne Spielraum künftig von der Verwaltung gefällt und damit die Miliz-Behörden entlastet werden können.

#### In die Primarschulpflege:

Christina Zbinden (SP) und Sandra Perozzo

#### In die Oberstufenschulpflege:

Theres Ott (SP)



Schulpflege-Wahlen in Uster: Die Kandidatinnen der SP Uster

# Christina Zbinden in die Primarschulpflege...



**Durch den Rücktritt des bisherigen SP-Primarschulpflegers Christoph Rusch wird eine Nachwahl in die Primarschulpflege nötig. Zur Verteidigung ihres Sitzes hat die SP Uster Christina Zbinden nominiert, welche sich wegen wilden Kandidaturen einer Kampfwahl stellen muss. Im folgenden erläutert unsere Kandidatin kurz ihre Motivation für dieses Amt.**

Von Christina Zbinden

Die Schule zu gestalten, war immer schon mein Wunsch, nicht nur beruflich – doch dazu gleich mehr – sondern auch politisch, als Schulpflegerin. Bislang war es mir aber aus beruflichen Gründen nicht möglich, eine solch zeitintensive Aufgabe dieser Art zu übernehmen. Nun aber ist es soweit und ich stelle mich zur Wahl als Primarschulpflegerin.

## Beruflicher Hintergrund

Begonnen habe ich meine berufliche Laufbahn als Lehrerin, zehn Jahre habe ich unterrichtet. Später wechselte ich als Mitarbeiterin in die Lehrerfortbildung, anschliessend war ich Bezirksschulrätin im Kanton St. Gallen. Aktuell arbeite ich als Studien- und Laufbahnberaterin, was mir eine neue Sicht auf das Schulwesen bringt. Als Laufbahnberaterin habe ich viel mit Ein- und AussteigerInnen zu tun, mit MaturandInnen, die dran denken, in den Lehrberuf einzusteigen, aber auch mit LehrerInnen, welche sich überlegen, den Beruf zu wechseln. Weiter bin ich in der Fachaufsicht für die Bildungsdirektion tätig. Nach meiner allfälligen Wahl kann ich mein Arbeitspensum reduzieren und kann mich so genügend für die zeitintensive Arbeit in der Schulpflege entlasten.

## Meine Motivation

Die Schule ist meines Erachtens die wichtigste gesellschaftliche Institution und hat eine immens schwierige Aufgabe. Die Ansprüche sind gross und

## ... und Theres Ott in die Oberstufenschulpflege

Durch den Rücktritt eines FPS-Oberstufenschulpflegers fällt ein zusätzlicher Sitz an die SP. Diese hat dafür Theres Ott nominiert. Sie ist die einzige Kandidatin, ihre Wahl ist unbestritten.

Zur Person: Theres Ott ist 24 Jahre alt und in Uster aufgewachsen. Sie studiert an der Universität Zürich Jura und wohnt in Nossikon.

Zur Motivation: «Seit meiner Schulzeit fühle ich das Bedürfnis, mich politisch zu engagieren. Ich bin darum sehr glücklich für die Oberstufenschulpflege kandidieren zu können. Gleichzeitig habe ich aber natürlich auch grossen Respekt vor der Aufgabe als Schulpflegerin.

Mit meinen 24 Jahren bin ich noch immer sehr gut mit den Problemen, den Wünschen, den Anliegen von Jugendlichen vertraut und deren Sicht möchte ich als ihre «Vertreterin» in die Schulpflege einbringen. Gleichzeitig freue ich mich darauf, mit meinen KollegInnen in der Schulpflege die Oberstufenschule zu organisieren, über ihre Weiterentwicklung zu diskutieren. Ich bin daran interessiert, meine Meinungen in Diskussionen einzubringen, andere Positionen kennenzulernen und gemeinsam zu einem Konsens zu finden – ein Konsens zum Wohle der Schule, der Lehrpersonen und der Jugendlichen.»

widersprechen sich: Einerseits soll sie selektionieren, andererseits soll sie Chancengleichheit verwirklichen. Sie soll grundlegende Fähigkeiten vermitteln und viele Aufgaben übernehmen, die nicht zu ihrem Kernauftrag gehören. Damit das gelingt, muss die Schule die nötige Unterstützung bekommen, und dazu möchte ich nach Möglichkeit meinen Beitrag leisten.

## Meine Vision

Ich möchte, eine starke Schule, die ihre Aufgaben erfüllen kann, die breit unterstützt wird und die genug Kraft hat, sich zu verändern. Die Lehrkräfte sollen die nötigen Strukturen bekommen, um gute Arbeit zu leisten, sie sollen gerecht beurteilt und grosszügig gefördert werden. Ich wünsche mir eine Schule, die auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren kann, nicht indem sie einfach immer noch mehr aufgebürdet bekommt, sondern indem sie genug Ressourcen erhält, um sich weiterzuentwickeln. Sie soll eine Volksschule bleiben und allen Kindern die Förderung bieten können, die sie für einen guten Start ins Leben brauchen.

# Rüdisühli kauft sich kein Eau de Toilette – und ist für Blockzeiten

«Opi, du stinkst.»

Frau Meier vom Büel hat ihm eben die zwei letzten Bio-Milch-Tetras weggeschnappt. Rüdisühli sahs aus dem Augenwinkel. Einen Moment hat er zu lange beim Gestell mit den Eaux de Toilette gestanden, hat gezögert, ob er sich das Schmöckiwässerli nun kaufen soll oder nicht. Über Jahre war das kein Thema für ihn, aber nun, nachdem er über einen pensionierten Fernsehmoderator gelesen hat, dass dieser immer schön frisch nach Lavendel riecht, findet Rüdisühli, dass ihm das vielleicht auch gut anstehen würde. Die Enkelkinder, die er immer am Mittwoch hütet, würden einem duftende Blumen-Opa jedenfalls nicht abgeneigt sein. Die Grössere hat einmal gesagt: «Opi, du stinkst.»

Das mit der Milch bringt ihn aus dem Konzept, das Eau de Toilette ist vorerst mal kein Thema mehr. Rüdisühlis Tochter besteht nämlich auf Bio, das hat sie ihm eingeschärft. Mehrmals.

Am Dorfende gibts zum Glück einen Biobauern, der hat vielleicht noch Milch. Wenn Rüdisühli nicht trödelt, das, was noch fehlt, zielstrebig ins Körbchen legt und zahlt, könnte es reichen, bevor Selina, die Grössere, von der Schule nach Hause kommt. Die Kleinere, Alexandra, ist schon bei der Nachbarin. Die erste Klasse macht Schluss um zehn. Rüdisühli hat zur Nachbarin gesagt: «Ich geh nur schnell zum Volg, Milch kaufen.» Und die Nachbarin hat ihm das Wort abgeschnitten: «Kein Problem, Paul, ich pass auf Alexandra auf.»

Kinder weiterverschachern

Als er Brot, Stocki und Apfelmus aufs Band legt, streift ihn das schlechte Gewissen. Der Schwiegersohn hat ihn das letzte Mal getadelt, als er um sieben von der Arbeit zurückkam und die Mädchen noch bei den Nachbarn waren und Rüdisühli einen Roman las. «Wenn du schon bei uns hütet, dann musst du die Kinder nicht weiterverschachern». So, dachte Rüdisühli und war sprachlos.

Er stopft das Zeugs in die Papiertüte und will sich gerade daran erinnern, wie das denn früher war, zu seiner Zeit. Da gabs dieses Gehetze, diese Rollenteiler- und spalterei noch nicht, er war im Ge-

schäft, sie zu Hause. No problem. Man überforderte Grosseltern nicht, genügte sich selbst, war autonom. Im Grunde war er ein Fundi, damals, ein Hardcore-Rollenteiler. Seither hat er einen gewaltigen Wandel durchgemacht, erstens: dank seiner Offenheit; zweitens: durch die brachiale Indoktrination durch Tochter und Schwiegersohn; drittens: durch seine Erlebnisse als enkelhütender Opi. Er machte Erfahrungen und hat gelernt.

Auf einen Mann reduzieren

Als er den Volg verlässt, fühlt er sich ein wenig stolz. Er ist eine Art Vorzeigeopa, ein Konvertierter, einer, von denen es nur wenige gibt. Sonst lungern im Quartier doch vor allem Grossmütter herum. Er hingegen ist Vorreiter; er muss bei diesem Mittwochhütedienst nicht nur eigene archetypische Rollen-Bilder, die hochsteigen, bekämpfen, nein, er muss auch all die gut gemeinte Häme der Grosis über sich ergehen lassen. Sie wollen ihn vereinnahmen, ihn bekochen und ihn hätscheln – ihn auf einen Mann reduzieren.

Das alles denkt Rüdisühli ganz schnell – hat sich in Sekundenschnelle in seinem Hirn abgespielt; Rüdisühli ist noch bei den Leuten, die Frau, die hinter ihm an der Kasse stand, ist immer noch am Einpacken. Rüdisühli fühlt, dass sein Hemd seine sich weitende Brust ein wenig schnürt. Stolz und Kämpfertum vermengen sich in ihm wohllosiert. Er ist eindeutig für Blockzeiten und das Eau de Toilette für ihn kein Thema.

Wenn er so schnell geht, wie er denkt – denkt er – dann ist er in zwei Minuten beim Bauern. Drei Minuten für die Milchübergabe inklusive freundlichem Schwatz und vier Minuten zurück nach Hause. Das sollte reichen, bevor Selina auftaucht und meckert: «Opi, hast du noch nicht gekocht?»

Blöcklizeiten

Weshalb schaffens die nicht, endlich Blockzeiten einzurichten. Haben ein schönes Schulhaus gezimmert, mit viel Raum für Blockzeiten, und jetzt ist offenbar wieder nichts. Oder man weiss es nicht, einmal heisst, ja, es gibt sie, die Blöck-



Lange hat man nichts mehr von Professor Paul Rüdisühli gelesen. Nun ist Fast-Rentner Rüdisühli, 63,

nach einem längeren Auslandsaufenthalt zurück. An der Hochschule für angewandte Psychologie hat er noch einen Teilzeit-Lehrstuhl für menschliches Versagen; am Mittwoch hütet er jeweils seine Enkelkinder.

lizeiten, dann wieder: nun doch nicht. Deppen sind das, denkt Rüdisühli und geht am Anschlag vorbei, dort wo sie die Dorfevents ausschreiben. Ein knallig himmelblaues Blatt sticht Rüdisühli ins Auge: «Kreativ im Türmli», steht in grossen Lettern geschrieben, und etwas kleiner: «Frauen treffen sich im Türmlischulhaus, nähen, sticken, töpfern und plaudern.» Aha. Früher, in jüngeren Tagen, hätte Rüdisühli über dieses Ansinnen gelächelt und es schnell wieder vergessen, aber nun, gereift, sieht er es anders: Die tauschen bestimmt Geheimnisse aus dort oben, im Türmli, und habens lustig. Rüdisühli fühlt sich ein wenig ausgeschlossen. Er ist jetzt schon fast beim Biobauern.

Schweiss unter den Achseln

Dann geht alles sehr schnell. Rüdisühli kauft zwei Liter Milch, hetzt nach Hause, holt die Kleine bei der Nachbarin, stellt das Wasser für die Pasta auf, konstatiert Schweiss unter den Achseln, denkt ans Eau de Toilette im Volg und steigt nach Kochen, Essen und Abwasch ins Dachzimmer. Das elende Gehetze des Morgens hat in politisiert. Er nimmt ein T-Shirt aus dem Schrank und stickt mit himmelblauem Garn drauf: «Ich bin für Blockzeiten!» Durchs Dachfenster sieht er das Türmli. Dort wär er jetzt eigentlich lieber.

aufgezeichnet von Rolf Murbach

# Dies & Das

## Gemeindezuschüsse: FDP mit Rückwärtsgang

Man erinnert sich: Anlässlich der Budgetdebatte im Dezember 2003 hatte der Gemeinderat gegen den Willen von SP, EVP und vereinzelt Bürgerlichen beschlossen, den Budgetposten für Gemeindezuschüsse zu den AHV/IV-Beihilfen zusammenzuziehen. Die Konsequenz war, dass der Stadtrat eine Verordnungs-Änderung vorlegen musste, welche die Gemeindezuschüsse faktisch abgeschafft hätte. Die SP-Fraktion hat gegen dieses Ansinnen von Anbeginn an Widerstand angemeldet und mit dem Referendum gedroht.

Die Drohung zeigte offenbar Wirkung: Die FDP verlangte nämlich an der Gemeinderatssitzung im März die Absetzung des Traktandums. Sie will die Vorlage erst diskutieren, wenn auch die anderen Sparvorstellungen des Stadtrates auf dem Tisch liegen. Nach dem vergleichsweise guten Rechnungsabschluss – statt eines Minus von mehreren Millionen resultierte nur ein Minus von 0,9 Mio. Franken – könnte allenfalls, so die FDP-Sprecherin, auf diese einschneidende Massnahme auch ganz oder teilweise verzichtet werden. Zu denken gegeben hat der FDP-Fraktion möglicherweise auch der Umstand, dass die FDP-Kantonsratsfraktion kürzlich der Abschaffung der AHV/IV-Beihilfen eine Absage erteilt hat und somit – für einmal – bewiesen hat, dass finanzpolitische Verantwortung und soziales Gewissen kein Widerspruch sein muss.

Die SP-Fraktion hat sich nach Abwägung aller Argumente entschieden, sich jemandem, der gescheitert geworden ist und sich auf dem geordneten Rückzug befindet, nicht in den Weg zu stellen. Sie hofft nun aber, dass der Stadtrat die Zeit für eine Neuevaluation nutzt und die Vorlage zurückzieht. Sollte er an der geplanten Abschaffung der Gemeindezuschüsse festhalten, so steht die Referendumsdrohung der SP-Fraktion – die darin von der EVP unterstützt wird – unverändert im Raum.

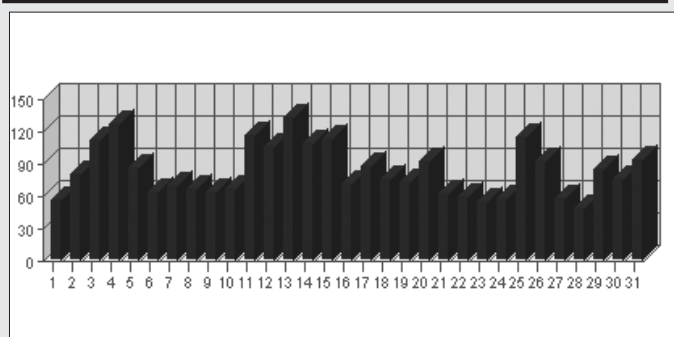
## Fehler in Excel-Tabelle

In der letzten FORUM-Nummer haben wir Zahlen zur Aufwandsteigerung in der Stadt Uster publiziert. Dabei ist uns ein kleiner Fehler unterlaufen: Durch eine falsche Verknüpfung innerhalb der verwendeten Excel-Tabelle wurden statt einmal Abschreibungen und einmal interne Verrechnungen irrtümlich zweimal die internen Verrechnungen abgezogen, die Abschreibungen blieben hingegen unberücksichtigt. Durch diesen nicht beabsichtigten Rechenfehler wurden deshalb Zahlen publiziert, welche nicht ganz korrekt sind. Dafür entschuldigen wir uns bei unseren LeserInnen in aller Form.

An der Grundaussage des Artikels, dass der Wohlstand in der Stadt Uster in den letzten Jahren weiter gewachsen ist, halten wir hingegen fest: Der Aufwand der Stadt Uster ist deutlich weniger stark gewachsen als das Volkseinkommen in der Stadt Uster. Und das bedeutet: Wir können uns Forderungen wie familienergänzende Betreuung, flächendeckend Tempo

30 in den Quartieren, ein breites Bildungsangebot, Blockzeiten, moderne Heime, eine gute Gesundheitsversorgung und ein soziales Netz, das diesen Namen auch verdient, leisten – wenn wir denn bereit sind dafür Steuern zu zahlen.

## Web-Statistik – Weiterhin steigende Besucherzahlen



Erfreuliches gibt es aus dem Internet zu melden. Die beiden Websites «www.forumonline.ch» und «www.sp-uster.ch» haben sich im Laufe der Jahre offensichtlich zu einer gut besuchten Informationsplattform entwickelt.

Auf der SP-Website steigerte sich die Zahl der BesucherInnen kontinuierlich. Vor einem halben Jahr schien sich zu unserer Freude die Besucherzahl bei rund 1000 BesucherInnen pro Monat einzupendeln. Doch der Aufwärtstrend ist noch immer nicht gestoppt und erreichte im März 2004 schon **1422 BesucherInnen** – immerhin rund 45 pro Tag. Zu unserer Überraschung blieb auch die zweite Website «www.forumonline.ch» nicht nur gut im Rennen, sondern überholte die SP-Seite gar mit **2559 BesucherInnen** pro Tag im März 2004, das sind über 80 pro Tag! Nicht sehr überraschend ist, dass rund 80 Prozent der BesucherInnen eine Windows-Maschine benutzen, 5 sogar noch eine Steinzeit-Version mit Windwos 3.1x. Überraschend hingegen ist, dass sich unter unseren BesucherInnen als benutzter Browser Netscape 5.x mit über 30 Prozent an der Spitze hält, gefolgt vom absolut katastrophalen Browser Netscape 4.x mit über 20 Prozent. Der Internet Explorer von Bill Gates holt bei uns – entgegen jedem Trend – diesmal leider nur die Bronzemedaille. Vier unserer Surfer benutzen gar noch eine Netscape-Version 3.x, einer kommt gar auf Netscape 2 daher. Wie er das technisch überhaupt noch schafft, weiss nicht einmal unser Webmaster.

## Wahlen ans Bezirksgericht

Durch die Wahl von SP-Bezirksrichter Daniel Bussmann zum ordentlichen Oberrichter findet am 16. Mai eine Nachwahl ans Bezirksgericht Uster statt. Die SP hat für diesen Sitz lic. iur. Andrea Strähl nominiert. Andrea Strähl ist 32 Jahre alt, wohnt noch in Zürich und ist zur Zeit juristische Sekretärin der 1. Zivilkammer des Obergerichts Zürich. Gegen ihre Wahl wird von keiner Seite opponiert, sie ist einzige Kandidatin für das Amt.

# Veranstaltungskalender

## 22.04 Podiumsgespräch

überparteiliche, kontradiktorische Veranstaltung zu den Abstimmungen vom 16. Mai  
20.00 Uhr, gemeinderatssaal uster

## 24.04 strassenaktion sp uster

wir mobilisieren für die abstimmungen vom 16. mai  
10.00 Uhr, gerichtsstrasse bei der post

## 25.04 EMIL UND DER KLEINE SKUNDI

von Thorstein Jónsson ISLAND/DEUTSCH-  
LAND 1994  
deutsch ab 6 Jahren, 87 Minuten



Vater und Mutter haben taube Ohren, wenn es um Emils grössten Wunsch geht, einen eigenen Hund zu haben. Und diesen will er auch selber kaufen. Damit er das nötige Geld zusammenbringt, arbeitet er in einer Tischlerei und trägt Zeitungen aus. Er schafft es knapp, seinen kleinen Skundi zu bezahlen. Emil ist überglücklich. Sein Vater allerdings bleibt hart: Ein Hund kommt nicht ins Haus. Da flüchtet Emil mit seinem kleinen Skundi von zu Hause und begibt sich auf eine abenteuerliche Reise in den Norden Islands zu seinem Grossvater. Die Geschichte erzählt vom Kampf eines mutigen Jungen in der schwierigen Welt der Erwachsenen.

15.30 h Qtopia

## 25.04 DIRTY PRETTY THINGS

Stephen Frears GB 2002, E d/f 97'

18.30 / 21 h, kino qtopia



Audrey Tautou («Amélie») spielt eine Türkin, die sich illegal in London aufhält, wo sie in einem Nobelhotel als Zimmermädchen arbeitet. Sie verliebt sich in den äusserst liebenswürdigen und hilfsbereiten Nachtportier Okwe aus Nigeria, der ebenfalls keine Aufenthaltspapiere hat. Als man eine Leiche auf einem Zimmer findet, unternimmt der Hotelmanager alles, um den Mord zu vertuschen. «Warum wohl?» fragen sich die beiden illegal arbeitenden Angestellten und beginnen, auf eigene Faust zu recherchieren – mit schockierendem Ergebnis. Allerdings: zur Polizei können sie nicht gehen, ohne des Landes verwiesen zu werden. Ein fabelhafter, milieutreuer Krimi.

-> [www.sp-uster.ch](http://www.sp-uster.ch)

## 29.04 PHILIP CATHERINE

20.30 Uhr, Music-Container  
Für viele Besucher des Jazzclub ist der Auftritt von Philip Catherine im Jahr 1991 unvergessen. Er ist einer der ganz grossen Gitarren-Solisten im europäischen Jazz. Seine Vorbilder waren Django Reinhardt und Wes Montgomery – und bei den grossen Violinisten des Jazz, wie Stéphane Grapelli, gehörte er lange Zeit zum Band – Inventar. Aber auch mit Gitarren-Stars des «modernen» Jazz wie Didier Lockwood oder Pat Metheny hat er oft gespielt. Ein sympathischer Alleskönner dem die Freude an der Musik ins Gesicht geschrieben ist und der sich immer wieder freut, wenn mit seiner Band der richtige Groove aufkommt. Dieser Band geht es um Stimmungen, Zwischentöne und Glücksmomente, die zum Publikum überspringen und seinen Auftritt zum exklusiven Genuss werden lassen.

-> [www.jcuster.ch](http://www.jcuster.ch)

## 02.05 SKINHEAD ATTITUDE

Daniel Schweizer CH/D/F 2003, Div d/f 90'  
Der erste Dokumentarfilm, der die vierzigjährige Geschichte der Skinhead-Bewegung von links aussen bis rechts aussen aufzeichnet und so über die Veränderungen in dieser Subkultur der Jugendlichen berichtet...

18.30 / 21 h, kino qtopia

## 05.05 generalversammlung sp uster

traktanden gem. sep. einladung,  
20.00 Uhr saal restaurant sonne

## 09.05 JA ZUSTER! NEE ZUSTER!

Pieter Kramer NL 2002, Holl. d/f 104'  
Ein Musical über die Abenteuer von Schwester Klivia und den Bewohnern ihres Erholungsheims.

18.30 / 21 h, kino qtopia



## 13.05 PETER SCHÄRLI SEXTETT

Seit zwei Jahrzehnten ist der Aarauer Trompeter und Flügelhornist Peter Schärli nicht mehr aus der europäischen Jazzszene wegzudenken. In verschiedenen Formationen hat er unermüdlich den eigenen Weg gesucht und klare, unverkennbare Akzente gesetzt.

20.30 Uhr, Music-Container

## 16.05 Abstimmungswochenende

## 16.05 AU SUD DES NUAGES

Jean-François Amiguet CH 2003, F d 81'  
Adrien, ein siebzugjähriger Walliser, ist König auf seinem Land. Von seiner Alp aus, wo er alleine mit seinen Kühen lebt, dominiert er das Tal von Hérens, kümmert sich nicht um das Treiben der Menschen und spricht mit den Sternen.

18.30 / 21 h, kino qtopia

FORUM-TIP

## 23.05 GORI VATRA

Pjer Zalica Bosnien 2003, Orig. d/f 105'  
Der heimliche Sieger im Wettbewerb von Locarno, Publikumsliebbling, der eine stehende Ovation erhielt bei seiner Premiere, eine irrwitzige Komödie über das Leben am Anfang des 21. Jahrhunderts. Tesanj ist eine kleine bosnische Stadt, deren düstere Realität die vordergründige Bilderbuchidylle Lügen straft:

18.30 / 21 h, kino qtopia

FORUM-TIP

## 27.05 CO STREIFF SEXTETT

Das Sextett der Saxophonistin Co Streiff setzt dort an, wo die «Tobende Ordnung» aufgehört hat: bei der Verbindung von freier Musik mit Komposition. Im Gegensatz zur früheren Formation, welche vom Klangkörper her eine «Jazzband» im weitesten Sinne war, ist das neue Sextett klanglich und stilistisch vielfältiger.

20.30 Uhr, Music-Container

## 30.05 KISSENKINO: MEIN FREUND JOE

von Chris Bould IRLAND/ENGLAND 1995,  
deutsch ab 10 Jahren, 100 Minuten  
Joe taucht eines Tages wie aus dem Nichts im verschlafenen Küstenort auf und gewinnt durch seine halsbrecherischen Kunststücke mit dem Mountainbike die Bewunderung der lokalen Bubenclique.

15.30 h, Qtopia



-> [www.qtopia.ch](http://www.qtopia.ch)

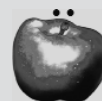
-> [www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

ERNESTO W. VOEGELI

## FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610 USTER

TEL. 01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00



Bioladen  
**pffelbaum**

Zentralstr. 18, Uster

! Neue Öffnungszeiten !

Mo-Fr 9.00-12.15 14.00-18.30  
Sa 9.00-16.00

Weinhandlung am Küferweg  
Degustation am Do, 13. Mai 2004  
20.00 in der Sonne nach der GV

Inserat

Inserat



# Le CLI saranno rinnovate?

**In prospettiva del 37° Congresso della FCLIS che si terrà il 25 aprile a Losanna, nelle singole Colonie sono cominciati i dibattiti sulle tematiche che presumibilmente caratterizzeranno il prossimo Congresso.**

Claudio Marseglia

Nel convegno di Sciaffusa, tenutosi il 18 febbraio 2004, si è partiti con l'esigenza di rinnovare; questo significa rinnovare le finalità, i modi per arrivare a conseguirle, etc. Ed a tal fine ci si è proposti di dare maggior spazio ai giovani, alle donne, ai rapporti con le autorità, con i partiti e i sindacati svizzeri. Su questo siamo tutti concordi; sulle modalità per raggiungere questi obiettivi invece, ho delle precise riserve!

Faccio una premessa che sono sicuro non incontrerò l'unanimità dei consensi del Consiglio della CLI di Uster. La Federazione delle colonie si è distinta, nel corso del l'ultimo decennio, per il suo assenteismo, per il suo non fare, per la sua mancanza d'idee, per i suoi dirigenti che non sono riusciti a dare dei precisi traguardi condivisibili da perseguire dalla massa delle CLI. A tutto questo si aggiunge un dire e non dire e un accusare i precedenti dirigenti (magari rientrati nel frattempo in Italia o impegnati su altri fronti e con altre organizzazioni) del deficit finanziario che sembra affliggere la Federazione. Quando poi i singoli associati chiedono dei chiarimenti su questo deficit, allora si risponde che è ora di metterci una pietra sopra!

Queste situazioni, accompagnate dal rientro in Italia di diversi soci, ha creato a mio modo di vedere una situazione di sfiducia con la conseguente perdita di soci. Adesso ci si pone il problema di come coinvolgere maggiormente i giovani e le donne nel nostro movimento; questo è un falso problema! Io penso che se una associazione, un partito, un movimento si pone dei traguardi chiari e attuali, condivisibili dalla massa non avrà grossi problemi a trovare materiale umano con cui affrontare e vincere le difficoltà che gli si porranno davanti.

Partendo dal patrimonio genetico che contraddistingue la Federazione delle CLI, oltre a contemplare i valori democratici ed antifascisti che ci collocano nel campo progressista, penso sia utile porci come traguardi da raggiungere unitariamente con i partiti e sindacati svizzeri:

- le lotte nel campo della difesa della natura,
- le lotte dei consumatori,
- le lotte sulla difesa dei diritti dei lavoratori,
- le iniziative a favore della pace,

- un globalismo che aiuti veramente i paesi bisognosi ma non a scapito dei lavoratori del Vecchio e Nuovo Mondo,
- la lotta contro i costi sulla salute che penalizzano sempre le classi meno abbienti,
- ... e chi più ne ha più ne metta.

## Unità di intenti

Leggevo che in qualcuno è rispuntata la voglia di cambiare il nome alle CLI; questo oltre a rispecchiare una pochezza d'idee sconcertante, offende la mia sensibilità. Negli anni scorsi hanno cambiato nome gli ex fascisti, gli ex comunisti, gli ex democristiani, etc. Tutti affossati da scandali o comunque da un passato a cui valeva la pena mettere una pietra sopra; ma per le Colonie questo non è valido: Un socio di Colonia va in giro a testa alta, non ha niente di cui vergognarsi, il nostro passato è limpido, il presente è pulito e il futuro dipenderà da noi!!

Si possono stimolare, spronare attraverso i nostri affiliati doppi cittadini i partiti ed i sindacati svizzeri affinché le forze progressiste europee si rendano promotori di una maggiore unità d'intenti; immaginate quali traguardi potrebbero raggiungere dei sindacati che lottino uniti dal Circolo Polare Artico fino allo stretto di Gibilterra e dall'Atlantico agli Urali! L'Europa unita è stata fortemente voluta dai capitalisti, è ora che sfruttiamo anche noi le possibilità che il sistema ci offre!

Se invece nel Congresso si vorrà agire come negli anni scorsi, credo che ci siano le possibilità di rinunciare a dirigenti a tempo pieno e ripartire con il volontariato, tenendo presente che le tecnologie odierne ci permettono di affrontare grande mole di lavoro con il minimo sforzo lavorativo e finanziario. Sarebbe il caso di concentrarsi maggiormente nell'ambito locale, liberando risorse che in questo momento sono usate da una Federazione difficilmente difendibile.

continua da pag. 3

confermare che è una città che vive e produce e che ha voglia di andare avanti.

A mio parere oggi i prodotti provenienti dalla Cina non differiscono più da altri per quanto riguarda la qualità. Noi che viviamo in Svizzera ne traiamo molti vantaggi riguardo i prezzi d'acquisto, e francamente anche per ciò che riguarda alcuni lavori che noi europei ci rifiutiamo di fare.

Se si torna indietro di circa 10 anni chi acquistava dei prodotti provenienti dalla Cina, dopo poco tempo si accorgeva che si rompevano subito o funzionavano male. Però oggi, grazie a tutte le aziende svizzere e europee, siamo riusciti a trasmettere una parte della nostra qualità per ciò che riguarda i materiali, la precisione e il personale di produzione.

Quello che mi preoccupa per il nostro futuro, è che noi europei saremo sempre più dipendenti dalla Repubblica Cinese, per ciò che riguarda la microtecnologia, vedi l'esempio dei telefonini cellulari. Sicuramente in futuro le aziende europee porteranno progetti e idee, però chi avrà e chi sarà in grado di realizzarli saranno le industrie cinesi, così che, noi saremo legati ad acquistare questo tipo di tecnologia dalla Cina ad un prezzo sempre più alto, e che nei prossimi 20 anni saremo costretti ad acquistare perché si perderà tutta la nostra esperienza. Proprio questo sarà il nostro prezzo da pagare per noi che viviamo in Europa.

## IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura  
[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 15 500

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.-

PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Letizia Fiorenza,  
Valerio Modolo,

Stampa: Ropress Zurigo

**Votazione federale: No al pacchetto fiscale.**

# No alla bomba a scoppio ritardato.

Se si tratta di ridurre le imposte, di regola tutta la destra è d'accordo e tutta la sinistra è contraria. Invece per il pacchetto fiscale, su cui si voterà il 16 maggio, questa regola non vale. L'opposizione questa volta viene anche da chi non si può certo annoverare fra la sinistra, come il consigliere del SVP di Zurigo Christian Huber o il presidente del SVP grigionese Hansjörg Hassler. In questo caso infatti si tratta di politici responsabili che sanno che il pacchetto fiscale fatto dagli Hardliner della finanza di Berna non è solo ingiusto e asociale ma manderebbe in rovina il bilancio pubblico dei cantoni e dei comuni.

Il pacchetto fiscale su cui si voterà il 16 maggio è composto di tre parti da modificare: l'imposizione dei coniugi e delle famiglie, le tasse del bollo e l'imposizione della proprietà abitativa. Soprattutto quest'ultima modifica ha sovraccaricato il pacco. Questa riforma viola chiaramente il principio di parità di diritti ancorato nella costituzione. I proprietari di immobili vengono privilegiati in confronto dei locatari, perché nonostante sia stata abolita la tassa sugli immobili (Eigenmietwert) essi possono tuttora detrarre dalle loro imposte le spese di mantenimento e riducono con ciò di molto il totale da pagare allo stato.

Nessuno mette in dubbio che è necessario riformare l'imposizione delle famiglie. Ma su queste riforme c'è ancora molto da discutere perché oggi come oggi sarebbero soprattutto le famiglie benestanti che approfitterebbero delle riforme e non quelle che ne hanno veramente bisogno. È chiaro però che se il pacchetto fiscale il 16 maggio non verrà accettato, verranno intrapresi nuovi sforzi per sgravare gli oneri delle famiglie. Non è perciò detta l'ultima parola in questa faccenda

Ammanco di mezzo miliardo di franchi nel cantone di Zurigo

La ragione principale per cui molti politici di destra sono contro il pacchetto fiscale è che quest'ultimo rischia di rovinare il bilancio dei cantoni e dei comuni. Il cantone di Zurigo e i suoi comuni perderebbero dopo un «si» 465 milioni di franchi o l'11 o il 12 % del tasso d'imposte.

In più con le misure di risparmio intraprese dallo stato molti costi vengono già adesso scaricati sulle spalle dei cantoni e dei comuni. Soprattutto per i comuni i problemi si accumulano: Non c'è infatti più molto su cui risparmiare perché molte delle loro prestazioni e delle loro spese vengono dettate dalla legge. Possono solo risparmiare sulla cultura o sui sussidi alle famiglie come ad esempio per le casse malati, i nidi-asilo o i doposcuola. Non che ne ricavano molto. Le conseguenze sono chiare: I comuni dopo un anno dovranno aumentare le imposte se non vogliono scrivere cifre rosse.

I cantoni hanno un margine più alto, ma possono far fronte alle minori entrate solo con una riduzione drastica delle loro prestazioni. La conferenza dei governi cantonali ha già fatto un elenco delle prestazioni da ridurre:

- il ribasso dei premi per le casse malati
- l'educazione scolastica
- i trasporti pubblici
- il campo sanitario
- i sussidi alle famiglie

**La promessa**

**La realtà**

**NO!**

**al pacchetto fiscale**

[www.nein-zum-steuerpaket.ch](http://www.nein-zum-steuerpaket.ch)

*Il pacchetto fiscale – una bomba a scoppio ritardato*

E tutto ciò in una fase in cui i cantoni continuano a lamentarsi dei risparmi che devono effettuare. Per i cittadini e le cittadine si pongono due semplici domande: Volete un ribasso delle prestazioni cantonali che supera di molto lo scenario già discusso in passato? Volete pagare più imposte a livello comunale? Se rispondete di no a queste due domande allora c'è una sola soluzione per il 16 maggio: No al pacchetto fiscale. No alla bomba a scoppio ritardato.

*Traduzione dell'articolo di Stefan Feldmann*

In votazione popolare il 16 maggio 2004

# L'undicesima revisione dell'assicurazione vecchiaia e superstiti AVS

**Il prossimo 16 maggio il popolo svizzero sarà chiamato alle urne per esprimersi su alcuni temi a livello federale tra cui l'undicesima revisione dell'assicurazione per la vecchiaia e i superstiti. Tale revisione fu approvata dal parlamento lo scorso 3 ottobre nonostante una forte opposizione del partito socialista svizzero. L'obiettivo principale secondo i parlamentari che l'hanno sostenuta è quello di consolidare a medio e lungo termine la copertura finanziaria dell'assicurazione AVS. Lo stesso governo con il consigliere federale Couchepin è intervenuto in difesa dell'undicesima revisione dell'AVS, sostenendo che per garantirne il finanziamento fino al 2015 non basterà la crescita economica e le misure di risparmio contenute nell'undicesima revisione, bensì bisognerà aumentare l'IVA di un punto in percentuale.**

---

Valerio Modolo

L'undicesima revisione dell'AVS prevede alcuni cambiamenti importanti. Tutta la tematica è assai complessa, mi limiterò solo a citare alcuni punti essenziali. L'età delle donne per aver diritto alla pensione, sarà innalzata a 65 anni come gli uomini.

Le vedove e i vedovi avranno diritto ad una rendita vedovile, solo se al momento della vedovanza hanno uno o più figli in comune, oppure prima della vedovanza, avevano uno o più figli durante almeno 5 anni. Le rendite verranno adeguate ogni 3 anni in base al costo della vita e all'evoluzione dei salari.

Si potrà andare in pensione anticipatamente a 59 anni con la mezza rendita e a 62 con la rendita intera. L'anticipazione può tuttavia comprendere al massimo 36 rendite mensili intere. Due mezza rendite sono equiparate ad una mensilità intera. In caso di riscossione anticipata, la rendita di vecchiaia verrà ridotta del controllore attuariale delle prestazioni rimosse anticipatamente. Ci sono ancora diverse modifiche che non sono state menzionate. Se verrà accettata in votazione popolare potremmo in seguito entrare nei dettagli.

Si vuole smantellare lo stato sociale?

L'assicurazione per la vecchiaia e i superstiti, come pure quella per l'invalidità, sono sottoposte periodicamente a revisione. Purtroppo questo non significa solo adattare la situazione alle esigenze attuali, quasi sempre c'è un peggioramento delle prestazioni verso i pensionati che già hanno grosse difficoltà finanziarie. Ricordiamo che nella dichiarazione delle imposte, i pensionati sono stati in passato fortemente penalizzati, difatti le rendite AVS venivano tassate all'80% mentre ora lo sono al 100%. Inoltre la trattenuta per chi aveva oltre 65 anni fu eliminata. C'è una forte tendenza di smantellare lo stato sociale. Si parla sempre di aumentare l'età pensionabile. Con quale prospettive, se si pensa che chi rimane senza lavoro a 50 anni ha grosse difficoltà a trovare un altro impiego e che se ha la fortuna di trovarlo, le condizioni sono quasi sempre svantaggiose? Non parliamo delle casse pensioni, dove per riparare i danni causati da manager incompetenti, il governo con una decisione politica ha abbassato in modo frettoloso i tassi d'interesse sui capitali dal 4 al 2.25%. Ora che le casse pensioni hanno avuto nel 2003 rendite vicine al 10% e sono uscite dalle cifre rosse dovrebbe essere realistico ritoccare verso l'alto i tassi d'interesse affinché non siano sempre i più deboli a pagare le conseguenze di errori commessi in alto.

Lanciato un referendum contro l'undicesima revisione AVS

Contro l'undicesima revisione Avs è stato lanciato un referendum dall'unione sindacale e dal PS svizzero. Sono state raccolte oltre 187'000 firme, l'unione sindacale svizzera ha raccolto in sole 48 ore ben 81'180 firme. Ricordiamo che per lanciare un referendum sono necessarie 50'000 firme. Questo sta a dimostrare quanto il problema sia sentito e come le persone siano disposte a mobilitarsi per difendere lo stato sociale. Speriamo che anche i politici comprendino i disagi di una categoria di persone che hanno lavorato sodo per tutta la vita e vogliono vedere riconosciuti i propri diritti che permettano loro di godersi una meritata vecchiaia in modo sereno e senza ulteriori preoccupazioni.

# Shanghai: La perla d'oriente

**Gia da molti anni stiamo vivendo in Svizzera come in Europa il «made in China». Vorrei soffermarmi sulla città di Shanghai, che già negli anni 30 era il più importante centro per gli scambi commerciali con molti paesi europei.**

---

Italo Conte

Punto su questa città per vari motivi. Il primo è che oggi parte di molte aziende hanno trasferito la produzione dei loro prodotti a Shanghai, facendo che si possa vendere il prodotto a un prezzo molto più basso in Europa.

Il secondo motivo è quello che chi arriva a Shanghai pensa di trovare la Cina, però forse si sbaglia. Effettivamente la città è così all'avanguardia come tecnologia che oltrepassa gli Stati Uniti d'America. Un tipico esempio è il treno a campo magnetico costruito da tecnici tedeschi (Siemens AG). Un treno praticamente sospeso, che viaggia ad una velocità di 430Km/h, percorrendo la distanza di 33 km dall'aeroporto di Putong a Shanghai in soli otto minuti.

Oggi la città conta circa 17 milioni di abitanti. Io che ho avuto la possibilità di stare sul posto due settimane devo

continua a pag. 4





# FORUM

Periodico di  
politica, lavoro e cultura  
della Colonia Libera  
Italiana

[www.forumonline.ch](http://www.forumonline.ch)

No. 220 Aprile 2004

NO al pacchetto fiscale – NO alla bomba scoppio ritardato

## Il perché perfino Christian Huber (SVP) è contro il pacchetto fiscale



P.P. Uster